Amtsblatt: 31/2026

GEMEINDERATSFRAKTION
STUTTGART

Linksextrem statt Bildung

Wo waren die Demonstranten, die am Samstag für bessere Bildung auf die Straße gehen wollten? Wo waren die Forderungen nach sanierten Schulen, gutem Unterricht? Die Bilanz zeigt: Das wichtige Thema Bildung wurde insbesondere von Linksextremen verdrängt. Unter dem Etikett „Gen Z regelt“ dominierten radikale politische und ideologische Parolen.

„Free Palestine“, „Hoch die internationale Solidarität“, „Ganz Stuttgart hasst die Polizei“, Antifa-Symbolik und kommunistische Gruppen prägten den Aufzug. Der SWR berichtete vorab, dass eine Mitorganisatorin einer vom Verfassungsschutz beobachteten linksextremistischen Gruppe angehöre. Von einer überparteilichen Bewegung für die Interessen von Schülern kann keine Rede sein. Hier wurde ein berechtigtes Anliegen junger Menschen politisch vereinnahmt. Für die eigentlichen Bildungsprobleme blieb zwischen all den radikalen politischen Parolen kein Raum.

Die Bilanz ist ein Armutszeugnis: rund 50 Straftaten, Angriffe auf Einsatzkräfte mit sieben verletzten Polizeibeamten, Flaschen- und Pyrotechnikwürfe, brennende Mülltonnen und Farbschmierereien. Am Marienplatz versuchten Unbekannte, eine Scheibe einer Bankfiliale einzuwerfen. Hinzu kamen Auflagenverstöße, Abweichungen von der Route und mangelnde Kooperation mit der Polizei. Das ist keine überzeugende Werbung für politische Beteiligung, sondern ein Schlag ins Gesicht all jener, die friedlich für ihre Zukunft eintreten wollen.

Stuttgart ist im Vergleich zu den heftigen Ausschreitungen in anderen deutschen Großstädten vergleichsweise glimpflich davongekommen. Doch was heißt hier eigentlich glimpflich? Wie viele Straftaten, verletzte Polizisten und Einschränkungen für Bürger, Einzelhandel und Gastronomie sollen noch als hinnehmbarer Begleitschaden gelten? Unsere Stadt darf nicht erneut zur Bühne für die Gewaltexzesse linksextremer Gruppen werden.

Weitere „Gen Z regelt“-Demonstrationen müssen auf Grundlage von § 15 Abs. 1 Versammlungsgesetz auf ein Verbot geprüft werden. Die erheblichen Sicherheitsrisiken liegen inzwischen offen auf dem Tisch. Final bleibt vor allem ein bitterer Befund: Die Debatte über bessere Bildung hat am vergangenen Samstag leider nicht gewonnen. Stattdessen wurde sie von einem linksextremistisch geprägten Spektakel verdrängt, bei dem die berechtigten Anliegen junger Menschen für radikale ideologische Ziele missbraucht wurden.